

Danziger Zeitung



Beitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 23074.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidele Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2.75 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2.75 Mk. Inserate kosten für die siebengepaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Hierzu eine Beilage.

Telegramme.

Berlin, 11. März. In der Reichstags-Commission für die Postvorlage haben die Mitglieder des Centrums beantragt, von der Regierung noch nähere Angaben über die Verhältnisse der Privatpostanstalten zu verlangen und die Verhandlungen so lange auszusetzen, bis das nötige Material vorliegt.

— Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die veränderte Lehrerbefolzungsvorlage des Magistrats mit 54 gegen 35 Stimmen angenommen. Margraf und Genossen haben einen Antrag eingebracht, am 18. März durch eine Deputation von Stadtverordneten einen Kranz am Grabe der Märtyrinnen auf dem Altenhof im Friedereich hinunterlegen zu lassen.

— Zu der Duellaffäre zwischen dem polnischen Abgeordneten Amtsgerichtsrath Mottwitz und dem Abgeordneten Landrat Dr. Gerlich erfährt unser □-Correspondent aus authentischer Quelle, daß gegenwärtig noch Versuche schweben, einen Ausgleich herbeizuführen. Ob es gelingen wird, läßt sich noch nicht sagen. Heute wohnen übrigens beide Abgeordnete der Sitzung des Abgeordnetenhauses bei.

Madrid, 11. März. Das Gerücht von einer Minister-Krisis ist unbegründet. Der Ministerpräsident Sagasta erklärte, alle Minister hielten es für Ghiesche, im Amt zu bleiben.

Washington, 11. März. Der Monatsbericht des Ackerbau-Departements stellt die Weizenmenge, welche sich am 1. März noch in den Händen der Farmer befand, auf 22,5 Prozent der gesammelten Ernte des Vorjahrs, das heißt auf 121 Mill. Bushel; den Mais, der sich am 1. März in den Händen der Farmer befand, auf 40,1 Prozent der Ernte des Vorjahrs oder 783 Mill. Bushel fest. Die Menge des zum Verkauf bestimmten Mais stellt 86,8 Proc. der gesammelten Ernte dar. Die Hafervorräthe der Farmer belaufen sich auf 38,9 Proc. der Ernte des Jahres 1897, d. h. auf 272 Mill. Bushel.

Die englische Flotte.

London, 10. März. Im Unterhause wurde gestern bei der Debatte über den Etat der Marine dieser im allgemeinen gelobt, im einzelnen kritisiert. In Erwiderung hierauf wurde erklärt, daß man in Zeiten des Notfalls, wie Dilke sage, besser thun würde, alle seetüchtigen Schiffe möglichst rasch zu vollenden, als Zeit und Kraft auf den Bau von Schiffen zu verwenden, die erst in drei Jahren fertig sein könnten. England könnte noch immer eine viel größere Zahl von Schiffen in kurzer Zeit auslaufen lassen, als irgend eine andere Macht, mit der es in Conflict gerathen könnte. Was die Idee Beresfords betreffe, die Schiffe, welche gegenwärtig in England für fremde Mächte gebaut werden, für England selbst zu erwerben, so sei das ein Verfahren für den höchsten Notfall, das nur in Kriegszeiten und durch den Drang absoluter politischer Notwendigkeit gerechtfertigt werden könnte. Das Haus trat alsdann in die Special-debatte des Marine-Etats, die bald vertagt wurde.

Der erste Lord der Admiraltät Goschen betonte, England habe in vielen Theilen der Welt effective Geschwader, wo andere Mächte nur einzelne Schiffe hätten. Zu allen Zeiten hätte England außer jenen Geschwadern eine gewisse Anzahl Schiffe für den Krieg bereit, falls ungünstigerweise Krieg entstände. Die Admiraltät arbeite sorgfältig Pläne aus, besonders hinsichtlich der Bestimmungen der Kreuzer zum Schutz der Handelsrouten. Im Laufe des Jahres werde eine große Vermehrung des Flottenpersonals stattfinden, es sei aber unwahr, daß die Schiffe ungenügend bemannet seien. Er gab auch zu, daß die Zahl der Offiziere ungünstig sei, er hoffe aber, daß trotz des Streiks Rückstände im Schiffbau bald eingeholt sind. Goschen drückte das Vertrauen aus, daß, falls der Friede gewahrt bleibe, was Gott geben wolle, es ein Friede mit Ehren sein und falls es Krieg gebe, was Gott verhüte, es ein von Sieg gekrönter Krieg sei. (Anhaltender Beifall.)

Die Blätter billigen diese Erklärungen Goshens. So sagt die „Times“, sie könne nur ihre rückhaltlose Zustimmung zu derselben aussprechen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. März.

Die Reise des Prinzen Heinrich.

Mitte dieser Woche ist — wie gemeldet — Prinz Heinrich an Bord seines Flaggschiffes „Deutschland“ glücklich in den ostasiatischen Gewässern angelangt, indem seine Ankunft aus Hongkong gemeldet wurde. Prinz Heinrich ist mithin fast drei Monate in See gewesen, da er am 16. Dezember v. J. start auf der Reise verließ, um durch den Kaiser Wilhelm-Kanal die weite transatlantische Fahrt anzutreten. Die Fahrt des Prinzen war nach mehreren Richtungen hin von weitgehendem Interesse. In Portsmouth angelangt, benutzte er die Tage vom 19. bis 21. Dezember, um sich von der Königin von England, seiner greisen Großmutter, und dem englischen Hof zu verabschieden. Der Weihnachtsabend wurde in See verlebt, da die „Deutschland“ erst am 27. Dezember in Gibraltar einlief, woselbst von der englischen Garnison zu Ehren des hohen Besuches mehrere Festlichkeiten veranstaltet wurden. Noch vor dem Jahresabschluß kam die Meldung aus Algier, daß auf Befehl des prinzlichen Divisionschefs die Flagge der französischen Republik auf der Höhe der algerischen Feste salutiert worden sei, eine Meldung, die in Paris um so mehr Beachtung fand, als Prinz Heinrich zu diesem Zweck eigens eine Cursänderung vorgenommen hatte, um sich der afrikanischen Küste zu nähern. Am 8. Januar wurde Suez, am 15. Januar Aden erreicht. Leider sollte sich von Aden an die Fahrt recht unsicher verjögern; denn einerseits hatte sich beim Auslaufen aus dem Roten Meere ein Auflösung in der Maschine warmgelaufen, während auf der anderen Seite einige gemietete Kohlendampfer bei der Insel Socotra versetzt wurden, die das Begleitschiff der „Deutschland“, der Kreuzer „Gesion“, erst von Perim heranholen mußte. In Folge dieser Umstände langten die beiden Schiffe erst am 9. Februar in Colombo an.

Nach sechstägigem Aufenthalt, die zu Partien ins Innere der Insel benutzt wurden, setzte man die Reise nach Singapur fort, um diesen Hafenplatz in der letzten Februarwoche zu erreichen. Von Singapore aus unternahm der Prinz einen Abschlag nach dem indischen Festlande, um dem Sultan von Johore einen Besuch zu machen und an einigen Tigerjagden Theil zu nehmen. Nach einer weiteren neuntägigen Fahrt wurde endlich am 8. d. Ms. Hongkong erreicht, welches das nächste Ziel des Prinzen nach dem ihm bei seiner Abfahrt zugewiesenen Befehl war. Hier werden ihn weitere Ordres seines Geschwaderchefs dieser Tage treffen, die ihm vom Vizeadmiral o. Diederichs aus der Amtschaubucht zugehen werden.

Man nimmt an, daß Prinz Heinrich gegen den 20. d. Ms. im neuen Schuhgebiet auf der Schantungshalbinsel einlaufen wird, woselbst er 6 Schiffe unserer Flotte versammelt vorfindet, die nun schon seit über vier Monaten der Mehrzahl noch, die deutsche Flagge im Hafenhaus zeigen. Prinz Heinrich ist in den ostasiatischen Verhältnissen nicht unbewandert, denn schon Ende der siebziger Jahre besuchte er als Kadett die Hauptstadt Japan und Chinas. Der Prinz hat den Höfen von Peking, Japan und Korea seinen Besuch in Aussicht gestellt, wobei er der Ueberbringer kaiserlicher Geschenke ist.

Die Vereidigung mittels Dolmetschers.

Im Reichstage ist gestern, wie im Morgenblatt bereits telegraphisch gemeldet, der Unterantrag Auer zu § 175 des Gelehrtenwurfs über die freiwillige Gerichtsbarkeit angenommen worden, wonach ein vereideter Dolmetscher bei Beurkundungen einzuhören ist, falls ein Bevölkerter erklärt, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei, und hat, wie uns unser parlamentarischer Berichterstatter schreibt, da es sich um die dritte Beratung der Vorlage handelt, und der Justizminister die von socialdemokratischer Seite gestellten Anträge für unannehmbar erklärt hat, großes Aufsehen hervorgerufen. Beide Anträge waren bereits in der Commission gestellt und von dieser abgelehnt worden, nachdem der Minister nachgewiesen hatte, daß in immer zahlreicher werdenden Fällen Polen, die der deutschen Sprache vollständig mächtig waren, die Zulassung eines Dolmetschers verlangt haben. Wenn, wie die Vorlage bestimmt, der Richter über die Zulässigkeit eines Dolmetschers entscheidet, weil er sich überzeugt hat, daß der Bevölkerte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, so ist diesen politischen Demonstrationen eine feste Schranke gelegt. Nach dem Antrag Auer aber muß die Zulassung eines Dolmetschers erfolgen, sobald einer der Bevölkerungen die Kenntnis der deutschen Sprache in Abrede stellt.

Nach dem Verlauf der Debatte und nachdem außer Socialdemokraten nur noch zwei polnische Abgeordnete für den Antrag, ein Mitglied des Centrums aber gegen denselben gesprochen hatte, mußte man annehmen, daß nicht nur der Hauptantrag, wie auch geschah, sondern auch der Unterantrag Auer abgelehnt werden würde. Zur allgemeinen Überraschung aber schwankte das Centrum nach Ablehnung des ersten Antrages nach der polnisch-socialdemokratischen Seite ab und verhalf dem Antrag Auer zur Annahme. Nach der Erklärung des Justizministers wäre demnach

das Gesetz für den Bundesrat unannehmbar geworden. Es bleibt abzuwarten, ob sich ein Weg findet, diese politische Improvisation noch nachträglich zu beseitigen.

Die Neuwahlen zum Reichstag und Abgeordnetenhaus.

Die „Post“ versichert, daß über den Wohltagszeitpunkt und Abgeordnetenhaus noch keine Beschlüsse gefaßt seien. Dazu schreibt uns unser Berliner Correspondent: Das mag ja dem Buchstaben nach zutreffend sein, in parlamentarischen Kreisen aber hält man an der Annahme fest, daß die Neuwahlen zum Reichstag in der zweiten Hälfte des Juni stattfinden werden und richtet sich darauf ein. Das genaue Datum des Wahltages wird man schon zeitig genug erfahren.

Die Sicherung der griechischen Staatsgläubiger.
Eine erfreuliche Mitteilung, welche insbesondere die griechischen Staatsgläubiger angeht, ist, wie heute früh telegraphisch gemeldet, gestern in Berlin eingetroffen. Die Handlungen über die Einrichtung einer griechischen Finanzkontrolle sind zum Abschluß gelangt; die griechische Kammer hat ihre Zustimmung dazu erteilt. Damit ist eine langwierige Arbeit, welche behutsam an vielen Alippen vorüber zu steuern war, zu einem Erfolg geendet.

Als der griechisch-türkische Krieg zu Ende war, lag es auf der Hand, daß es der Türkei, zumal sie der herausgeforderte Theil war, ohne weiteres nicht zugemutet werden konnte, auf jeden Gebietszunahme zu verzichten. Es mußte ihr ein Anspruch auf eine angemessene Kriegsentschädigung zugestanden werden. Die deutsche Politik setzte hier zu, um durch Schaffung einer Finanzkontrolle zweierlei zu erreichen, zunächst zu verhüten, daß die neuen Verpflichtungen die älteren Ansprüche der deutschen Gläubiger Griechenlands in eine ungünstigere Lage gehoben würden, sodann aber dem griechischen Staat in seinem eigenen Interesse wieder Vertrauen in seine finanzielle Leistungsfähigkeit und Zahlungsbereitwilligkeit zuszuführen, so daß ihm überhaupt erst wieder neue Mittel zufließen könnten. Auf dem Wege zu diesem Ziel war vor allem die Sammierung zu überwinden, daß die anderen Großmächte sich recht laut verbündeten.

Hier setzte mit dem Antritt des neuen Staatssekretärs o. Bülow im Sommer des vorigen Jahres die Wahrung der deutscheren Interessen in Betracht. Zunächst wurde erreicht, daß die Notwendigkeit einer Finanzkontrolle im Prinzip anerkannt wurde. Damit war eine schwere Basis gewonnen, um consequent weiter vorzugehen und darauf zu dringen, daß die Finanzkontrolle auch in den Friedensvertrag eingeschrieben und so griechisches Staatsgeschäft wurde. Und auch dies ist nur geschehen, weil die deutsche Regierung fest blieb und gar kein Hehl daraus mahte, daß sie der Antheilnahme an der Lösung der orientalischen Verhältnisse andererfalls sich überhaupt entziehen werde. Jetzt haben die griechischen Staatsgläubiger, welche ohne Finanzkontrolle leer ausgegangen wären, nicht auf eine halbwegs angemessene Befriedigung ihrer Ansprüche zu rechnen, sondern sind bereits in der Lage, sich des Erfolges der deutschen Politik insofern zu erfreuen, als der Cours der griechischen Staatspapiere von 24 bis 25 auf 40 gestiegen und die Monopolanleihe um 10 Prozent gestiegen ist.

Spanien und Amerika.

Vor Hongkong ist ein amerikanisches Geschwader erschienen. Dadurch ist dem Argwohn der Spanier gegen Nordamerika neue Nahrung zugeschafft, da man darin eine Bedrohung Manilas, der Hauptstadt der Philippinen, erblickt. Das Geschwader, das in zwölfmal vierundzwanzig Stunden vor Manila ankern kann, besteht, wie die carlistische „Corresp. Alvaro“ meldet, aus drei Kreuzerschiffen mit je 11 Kanonen neuester Construction und zwei Kanonenbooten; seine Mannung zählt, 82 Offiziere eingerechnet, 1235 Körpse. Manila ist von der Seeseite nur durch drei Batterien geschiützt, die gelegentlich des Karolinen-Islands errichtet wurden. Diese Batterien sind Erdarbeiten und mit je zwei Hinterladekanonen bewaffnet. Die Stadt ist durch den Fluß Passig in mehrere Theile getheilt, die offene Handelsstadt und die Festung. Diese ist mit einer Urmöllung versehen, die aus den Zeiten Carlos III. stammt und den neuen Geschützen keinen ernsten Widerstand leisten könnte. Mit der Seevertheidigung ist es nicht besser bestellt. Es sind kaum zwei gepanzerte Kreuzer da, von denen der eine, „La Castilla“, ältere Construction ist, während der andere, „La Reina Christina“, den neueren Anforderungen entspricht. Außerdem ist noch ein Kanonenboot neuester Construction auf der Rhede von Manila, die „Mindanao“.

Die spanische Presse erblickt in der Errichtung eines amerikanischen Geschwaders in die Nähe der Philippinen ebenso eine Herausforderung wie in dem langen Aufenthalt des amerikanischen Kreuzers „San Francisco“ mit zwei Kanonenbooten an der portugiesischen Küste. Es muß allerdings auffallen, daß gerade jetzt die Vereinigte Staaten-Flagge ohnezureichende Veranlassung in der Nähe der Außen Spaniens und seiner Colonien eingesetzt wird.

Wie aus Hongkong gemeldet wird, ist gestern der britische Kreuzer „Edgar“ von dort nach Manila beordert worden.

Rußland und England in Ostasien.

Über die Forderungen Rußlands an China und über die Stellung Englands dazu, die bekanntlich in der letzten Zeit in außerordentlich erregtem Ton in der englischen Presse behandelt worden ist, gab gestern der Staatssekretär des Auswärtigen Curzon im Unterhause eine sehr eingehende Erklärung ab, welche die Sachlage lange nicht so düster erscheinen läßt, wie man nach den Ausführungen der „Times“ etc. annehmen mußte. Curzon sagte:

Die Mandjabur ist nicht eine der 18 Provinzen des eigentlichen China, aber sie ist sicher ein integrierendes Theil der Besitzung des Kaisers von China. Der britische Botschafter in Petersburg ist von dem Minister des Auswärtigen Murawjew benachrichtigt worden, daß Rußland mit China wegen der Nachfrage nach Port Arthur und Talienvan auf eine gewisse Anzahl von Jahren, sowie betreffs des Baus einer Eisenbahn nach Talienvan oder Port Arthur unter denselben Bedingungen wie die Mandjabureisenbahn unterhandelt. Die russische Regierung hat keine souveränen Rechte über jene Häfen geordnet und auch nicht gedroht, Truppen in die Mandjaburei zu senden. Murawjew hat ferner erklärt, daß Talienvan, falls es an Rußland verkauft werde, dem fremden Handel wie die anderen chinesischen Häfen geöffnet sein werde. Der britische Gesandte in Peking bestätigte die Thatsache dieser Verhandlungen und erklärte, es sei kein Anzeichen von irgend einer Form eines Ultimatums vorhanden, auch sei, soweit ihm bekannt, keine Zeitgrenze für die Antwort gegeben.

Der britische Gesandte in Peking hat im Oktober berichtet, daß von dem russischen Geschäftsträger der Vertrag gemacht worden ist, die Abfertigung Kinders als Hauptingenieur der Nordbahn von Tientsin aus zu erlangen auf Grund des Versprechens der chinesischen Regierung, daß sie im Falle der Ausdehnung der Linie sich zuerst an russische Ingenieure und russisches Kapital wenden würde. Der britische Gesandte erhält vom Tsiungli-Yamen die Zusage, daß Kinder nicht abgesetzt werden solle.

Bezüglich der angeblichen Abtretung der Deer-Inseln an Rußland erklärt Curzon, keine Information zu haben.

Die englische Regierung hat keine Nachricht, daß die russische Regierung die Anleihe der englischen und deutschen Banken bekämpft; wie ich höre, ist die Anleihe auf dem Punkte, ausgegeben zu werden. Die Regierung hat ferner keine Nachricht von einem formalen Protest gegen die von der Hongkong- und Shanghai-Bank, welche für sich selbst handle, und einem Syndicat deutscher Bankiers abgeschlossene einseitige Anleihe. Die Bedingungen des Abkommens zwischen der chinesischen Regierung und der russischen Bank in Betreff des Baus und der Unterhaltung der Mandjaburei-Bahn sind am 11./23. Dezember 1896 in dem russischen Amtsblatt veröffentlicht worden.

Über die weiteren Ausführungen des Staatssekretärs wird uns auf telegraphischem Wege berichtet:

London, 11. März. (Tel.) Curzon erklärt, die Verpflichtung der chinesischen Regierung England gegenüber, daß es keiner anderen Macht irgend einen Theil des Jangtskiang-Thales abtreten werde, beziehe sich auf das Gebiet der an dem Jangtskiang anstoßenden Provinzen. Da die chinesische Regierung die betreffenden Versicherungen abgegeben habe, werde die britische Regierung sie für deren Beobachtung verantwortlich machen.

Am 12. März: Danzig, 11. März. M.A. 10.58, SA 6.10, SU 5.30. Wetterausichten für Sonnabend, 12. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, feucht, Niederschläge. Lebhafte Wind. Sturmwarnung.

Sonntag, 13. März: Dialsach heiter, wolkig. Wenig veränderte Temperatur. Strömweise Niederschlag.

Montag, 14. März: Wärmer, wolkig. Meist trüb.

Dienstag, 15. März: Wärmer, meist trüb, wolkig. Strömweise Niederschläge. Starke Winde.

[Schnellzugverkehr Danzig-Dirschau.] Wie wir schon berichtet haben, werden vom 1. Mai ab die beiden Nacht-Courierzüge nach und von Berlin auch auf der Strecke Danzig-Dirschau als Schnellzüge ohne Zwischenauftakt verkehren und im Directionsbezirk Danzig nur auf den Stationen Danzig Hauptbahnhof, Dirschau, Pr. Stargard und Ronitz anhalten. Mit dem genannten Tage gelangen daher für den Verkehr zwischen Danzig Hauptbahnhof einerseits und den übrigen Schnellzugstationen der Strecke Dirschau-Berlin bzw. über Berlin hinaus andererseits neue, nach den Schnellzügen berechnete Fahrpreise für alle Züge zur Einführung. Die gegenwärtig bestehenden einfachen Fahrpreise für alle Züge im Verkehr von und nach Danzig, sowie im Durchgangsverkehr über die Strecke Danzig-Dirschau, bei denen für die Strecke der Personenzugfahrt eingeschlossen ist, erhalten in den Preistafeln ebenso wie die Fahrkarten selbst den Zusatz „Danzig-Dirschau Personenzug“.

[Städtisches.] Der Stadtvororten-Versammlung ist nunmehr auch der Entwurf des Gasanstalt-Eisla pro 1898/99 zugegangen. Der selbe schließt in Einnahme mit 748500 Mk. ab, ergibt also einen Überschuss von 258000 Mk. Gegen das Vorjahr sind die Einnahmen um 86500 Mk. die Ausgaben um 43668 Mk. höher veranlagt. Die öffentliche Straßenbeleuchtung ist mit 143530 Mk. berechnet. Das Extraordinarium des Eisla enthält diesmal folgende Anlässe: Erweiterung der öffentlichen Beleuchtung des Bleihofes 4200 Mk., der Speicherinsel 2200 Mk., des Schüttenganges

480 Mk., in St. Albrecht 180 Mk., Rohrnetz-Erweiterungen am Kohlenmarkt 4600 Mk., in der Lüppergasse 3200 Mk., an der Steinstraße 250 Mk.

* [Westpreußische Landwirtschaftskammer.] Außer den schon von uns mitgetheilten Punkten der Tagesordnung der am 22. und 23. d. Mts. stattfindenden Sitzung der Landwirtschaftskammer wird am ersten Tage noch Herr Rittergutsbesitzer Plehn-Gruppe über „Wie sollen die westpreußischen Milchwirthe sich zu der Begründung eines Verkaufsverbandes nord. Molkereien“ sprechen und am zweiten Sitzungstage ein Antrag der pommerischen Landwirtschaftskammer, betreffend Verlegung des Umzugstermins für ländliches Gefinde auf den 2. Januar, berathen werden.

* [Gewerbegerichtswahlen.] Wir haben seiner Zeit berichtet, daß die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht in denjenigen Wahlbezirken, in denen nicht sozialdemokratische Arbeiter gewählt waren, von dem hiesigen „Gewerkschaftskartell“ als ungültig angefochten worden sind. Es wurden mehrfache Berörte gegen die Wahlvorschriften behauptet. Der Magistrat hat über den Vorhang bei den Wahlen eingehende Ermittlungen ange stellt und nach dem Ergebniß derselben die Zurückstellung der Beschwerde bei dem Bezirks-Ausschuh beantragt. Der Bezirks-Ausschuh hat sich dem Datum des Magistrats in allen Punkten angeschlossen, die Wahlhandlung für vorchristlich erklärt und die Beschwerdeführer abgewiesen. Es sind daher die der sozialdemokratischen Partei angehörenden Arbeiter bei dem Gewerbegericht nur durch 13 Beisitzer vertreten, während die übrigen Beisitzer Candidaten der Gewerbevereine und des katholischen Gesellenvereins sind. Die Beisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer für die abgelaufene Wahlperiode gehörten sämmtlich der sozialdemokratischen Partei an.

* [Stiftungstag.] Am 11. März 1889 ist bekanntlich das Grenadier-Regiment König Friedrich I. gestiftet worden. Es feierte heute den 20. Jahrestag seiner Stiftung. Die Mannschaften waren dienstfrei und wurden auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Morgen findet aus dem gleichen Anlaß ein Ball des Offizier-Corps statt, bei dem Länze aus den verschiedenen Zeitepochen des Bestehens des Regiments ausgeführt werden.

* [Russisch-Denkmal.] Die Blöcke zu dem Denkmal für die als Kampfgenossen preußischer Landwehrtruppen bei der Belagerung der von Franzosen besetzten Stadt Danzig im Jahre 1813 gefallenen Russen sind nun in Finnland fertig gestellt und sollen, sobald die Schiffahrt begonnen hat, nach Danzig gebracht werden, um hier im Glacis vor dem Hagelsberg, welcher bekanntlich die Bezeichnung „russisches Grab“ führt, aufgestellt zu werden. Der Unterbau ist dafür, wie wir berichtet haben, durch Herren Dreiling aus Danzig bereits fertig gestellt.

* [Fracht-Creditconten.] Zum Zwecke der Vereinfachung der Begleichung von Frachtbelägen in russischer Währung eröffnet die kgl. Eisenbahn-Direktion hiesigen Bankfirmen auf deren Wunsch Creditconten für den Fall, daß sie die Vermittelung zwischen der Eisenbahn-Derivation und den Frachtbriefadressaten infolge Übernahmen, als sie für leichtere Zahlungen von Frachtbelägen in russischer Währung an die Güterkassen Danzig Legebör und Neufahrnmauer leisten. Näheres kann auf dem Vorsteheramt der Ausmannschaft in Erfahrung gebracht werden.

* [Schiffuntergang.] Nach einer Nachricht aus Marseille ist das zur hiesigen Reederei von Paul Ed. Bererh gehörige, 642 Reg.-Tons große Barkassett „Wilhelm Linck“, welches sich seit längerer Zeit auf Auslandsfahrten befand, auf der Reise von Pasca goulia nach Delfzyl verloren gegangen. Der von New-Orleans kommende österreichische Dampfer „Aito“ hat die Besatzung des „Wilhelm Linck“ aufgenommen und nach Marseille gebracht mit der Meldung, daß die Bark strandet sei. Nähtere Nachrichten sind bei der hiesigen Rhederei noch nicht eingetroffen.

* [Lehrerinnen-Prüfung.] Vorgestern und gestern fanden an der Victoria-Schule die Lehrerinnen-Prüfungen statt, der sich folgende Damen unterzogen und es bestanden: a) die Lehrerinnen-Prüfung: Else Steinberg, Anna Wida, Charlotte Fuhl, Dora Manter, Gertrud Schur, Marie Wallner, Anna Walter, Helene Deckmann, Helene Junge, Wanda Pręcowska, Clara Schulz, Schlicht, Witte, Alice Biehm; b) die Prüfung für neuere Sprachen: Gertrud Fuchs, Hannah Apfelbaum und Pollich.

* [Gewerbeverein.] Vor einem zahlreichen Publikum hielt gestern Herr Director Kunath einen interessanten Vortrag über die Wassermesser, deren Wirkungsweise, Vortheile und Nachtheile. Unter Vorzeigung einiger Abbildungen erklärte der Vortragende die einzelnen Systeme. Der Wasserabnehmer werde durch den Messer stets begünstigt und der Verkäufer geschädigt. Der Messer lasse immer erst ein bestimmtes Quantum Wasser durch, ehe er zu füllen beginne. Absolut richtig zeigende Messer könne man nur für ganz bestimmte Verhältnisse konstruieren. Die bei uns gebräuchlichen unterliegen den wechselnden Verhältnissen, die teils durch den Druck, teils durch den Bedarf ausübt werben. Die Messer seien bisher nicht auffindbar, da es für dieselben noch kein Abgleich gebe. Durch die selbstverständlich eintretende Abnutzung des Apparates werde eine Verlangsamung des Ganges veranlaßt. Wenn auch die Zeitungen geschriften hätten, daß die Messer oft zu viel Wasserabgabe anzeigen, so sei dies nicht richtig. Es könnten leicht Abgleichsfehler vorkommen, da die Stellung der Zeiger nicht immer ganz correct sei. Der größte Fehler bei der Leitung sei ein Leck in derselben, was in oft unbedacht bleibt und einen großen Wasserverbrauch herbeiführe. An der Hand einer Tabelle über den Auslauf von Wasser unter einem Druck von 3 bis 4 Atmosphären heitlebte Redner mit, daß aus einem Leck von 2 Millim. in einer Stunde 316, in einem Tage 754 Liter, aus einem Leck von 4 Millimeter in einer Stunde 923, in einem Tage 22.522 Liter u. s. w. und schließlich aus einem Leck von 13 Millimeter in einem Tage 48.000 Liter Wasser entströmen. Der sicherste Wassermesser sei entstanden der Scheibenwassermesser von Meissner; als Volumenmesser verbinde er alle Vortheile in sich und gehe vorwärts und rückwärts richtig. Für die Zukunft werde er auch nur diesen befassen, wenn die bisher gebräuchlichen erst abgedient seien. Um die Vorreichlichkeit und Sicherheit dieses leichten Wassermessers zu beweisen, mache Herr Kunath einige interessante Experimente mit demselben.

— Herr Davidsohn rückte an den Vorthagenden die Frage, ob man auch für die Speisung von dampfgekühlten einigermaßen sicheren Wassermessern habe, worauf Herr Kunath erwiderte, daß er hierin zwar keine genügenden Erfahrungen habe, aber der Überzeugung sei, daß man auch solche Wassermesser konstruieren könne. Ferner wurde aus der Versammlung die Frage aufgeworfen, ob es ratsam sei, den Hauptkrank der Leitung während der Nacht zu schließen. Herr Kunath hieß das Schließen des Hauptkranks zur Nachtzeit entschieden für einen Nachteil der Leitung. — Der Vertreter der Firma Enrico Baus, Herr Benski, erklärte alsdann mehrere von der Firma ausgestellte Bierapparate von der

besten bis zur neuesten Construction, die sich durch ihre saubere Arbeit auszeichnen. Interessant und recht zweckentsprechend war der sogenannte „Sackhahn“ mit Zapfhahn und auswechselbarer Kohlenässe-Flasche. Der Zweck derselben ist, vier aus kleinen Gebinden mittels Kohlenässe auf einfache Art und Weise zu zapfen. Nicht minder interessant war auch der Apparat, aus einem Hahn zwei verschiedene Biere zu zapfen, und recht praktisch erschien ein Apparat, durch welchen man seiftstellen kann, ob und wo der Leitungssapparat undicht ist.

* [Dordensverleihung.] Dem Landgerichtsrath a. D. v. Kleinsorgen zu Fulda, bisher in Thorn, ist der rote Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

* [Verlobung.] Herr Lieutenant v. Dihewik vom 1. Leib-husaren-Regiment Nr. 1 in Danzig hat sich, wie die „Kreuztg.“ mittheilt, mit einer Tochter des Justizministers Schönstedt verlobt.

* [Amtliche Personalnachrichten.] Der Oberzoll-inspector, Regierungsassessor Laube zu Rügenwalde ist in die Stelle des Obersteuerinspectors zu Nordhausen versetzt und dem Stationscontrôleur Steuerinspecteur Reppin zu Bremen die Stelle des Oberzollinspectors zu Rügenwalde verliehen worden.

Zum 1. April d. Js. treten in den Ruhestand: die Wasserbauinspectoren, Baumeister Hermann Meyer in Lingen, Franz Meyer in Hameln und Schulte in Rathenow, sowie die Kreisbauinspectoren, Baumeister Hösbeck in Uelzen, Hoffmann in Fulda, Reich in Magdeburg, Dannenberg in Lyda, Schuhardt in Rosslau, Tiebelhorn in Schönbeck a. d. Elbe und der Bauinspecteur, Baurath Hösbecke in Berlin.

* [Personalien bei der Justiz.] Der Gerichts-assessor Walther Müller aus Königsberg ist zur Rechtsanwaltsschaft bei dem Amtsgericht in Stuhm zugelassen, der Gerichtshofassessor v. Reppé bei dem Amtsgericht in Ronchin zur Rendanten der Gerichtshofe derselbst ernannt, der Amtsgerichts-Assistent und Dolmetscher Laurenski in Schwedt in gleicher Amtseignenschaft an das Amtsgericht in Pr. Stargard versetzt, der Amtsschreiber v. Schomowski in Stolp zum ständigen Gerichtsschreiberehilfen und Dolmetscher bei dem Amtsgericht in Pr. Stargard ernannt worden.

* [Theologische Prüfung.] Bei den in der Zeit vom 5. bis 11. d. Mts. bei dem königl. Consistorium der Provinz Westpreuß unter dem Vorsitz des Herrn Generalsuperintendenten D. Döblin abgehaltenen, heute Mittag beendeten theologischen Prüfungen haben bestanden: a) die Prüfung pro ministerio die Candidaten Börgen-Graubend, Glönnich-Thorn, Pusig-Marienwerder, Thelle-Marienburg; b) die Prüfung pro licentia concionandi die Candidaten Heuer-Ruback bei Thorn, Horn-Pr. Stargard, Liebke-Langfuhr, George Müller-Thorn, Pritzel-Pr. Eylau, Hugo Schmidt-Pr. Friedland.

* [Strafhammer.] Am 25. Juli d. Js. kam es Abends am Fort Bousmard in Neufahrwasser zu einem Ereignis, der sein Nachspiel heute vor der Strafhammer hatte, wo die Frau Zimmerleute John Möller, Johann Siebert, Otto Kulling, Friedrich Wilhelm Hoffmann und Johann Kirch aus Neufahrwasser und Weichselmünde sich zu verantworten hatten. In dem Fort wurden Brücken gebaut und es waren zu diesem Bau auch Maurer und Zimmerleute aus Ostpreußen herbeigeschafft worden. Es fanden über sie verschiedene Erörterungen im sozialdemokratischen Centralverband deutscher Zimmerleute statt, zu dessen Ortsgruppe Danzig die Angeklagten als Mitglieder gehören. Die Erregung über das Arbeiten der Fremden scheint ziemlich stark gewesen zu sein und am 25. Juli d. Js. kam es zum Eclat. Die Angeklagten und die Ostpreußen trafen sich in einem Lokal und hier begann der Wortstreit. Die Ostpreußen zogen es vor, das Fort, ihre Wohnung, aufzusuchen, die Angeklagten folgten ihnen aber und es kam zu einem regelrechten Sturm auf das Thor. Möller und Genossen drückten dasselbe ein und Kulling und Hoffmann brangen in das Fort, der erster mit einem Messer, mit dem er den Bauarbeitern Jorhan und Schott tödlich verbrachte. Siebert feuerte draußen mehrere Revolverschüsse ab und als zwei Nachzügler der Ostpreußen am Fort erschienen, wurden sie von Möller ebersfalls mit einem Revolverschuß verschüttet. Die Angeklagten befinden sich schon einige Zeit in Untersuchungshaft. Nach umfangreicher Beweisaufnahme verurteilte der Gerichtshof Kulling wegen Haussiedensbruchs und Gebräuchs des Messers zu 1½ Jahr, Hoffmann wegen Haussiedensbruchs zu 3 Monat. Möller, Siebert und Kirch zu je 2 Monat Gefängnis. Möller und Siebert erhielten noch wegen des Schießens mit dem Revolver je 1 Monat Haft. Den letzten vier wurden je zwei Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe ange rechnet.

* [Polizeibericht für den 11. März.] Verhaftet: 3 Personen, darunter 1 Bettler, 4 Obdachlose. — Gefunden: 1 schwarze Schürze, Quittungskarte auf den Namen Paul Lange, Gesindedienstbuch auf den Namen Anna Grabe, 1 Schlüssel, abgeholt aus dem Fundbüro der königl. Polizei-Direction. Zwei Bücher betreffend Berlinische Feuerversicherungsanstalt, 1 Buch (deutsche Romanzeitung), abgeholt aus dem Bureau des 7. Polizei-Reviers zu Langfuhr. (Weiteres in der Bellage.)

Aus der Provinz.

Rößlin, 10. März. Die bekannte Belgarder Bahnhof affaire, in welcher ein Herr v. Rößlin einen unlösamen Wortwechsel mit dem dortigen diensthabenden Stationsbeamten hatte, kam heute vor dem hiesigen Strafgericht in einer Beleidigungsdelage des früheren Landtagspräsidenten v. Rößlin-Contréa gegen den Redakteur und den Verleger der „Rößliner Zeitung“ zur Verhandlung. Das Gericht erkannte auf Freispruch beider Angeklagten. Über die Verhandlung, durch welche der Dorgana völlig klar gestellt wurde, will die „Rößlin Zeitung“ morgen Näheres berichten.

Braunsberg, 9. März. Der verstorbene Gymnasialprofessor Dr. Otto hatte sich der altkatholischen Gemeinschaft angegeschlossen und war auch auf dem Sterbebett zur römischen Kirche nicht zurückgekehrt, obwohl Versuche dazu gemacht sein sollen. In Folge dessen mußte das kirchliche Begräbniss verzögert werden. Dom Regierungspräsidenten wurde jedoch die Beerdigung auf dem altkatholischen Kirchhof angeordnet, welche denn auch gestern dort trotz des Protestes seitens des katholischen Pfarramtes unter Mitwirkung der Polizei stattfand. Den Leichenzug führte der altkatholische Geistliche Hilger aus Königsberg; dieser hielt am Grade eine Ansprache und verrichtete auch einige deutsches Gebete.

Inowrażlaw, 8. März. Die Stadtverordneten beschlossen heute zunächst, eine Stiftung des hiesigen Bankiers Salomonsona von 2000 Mk. anzunehmen. Die Stiftung soll den Namen Kaiser Wilhelm-Stiftung führen. Ihre Zinsen sollen an jedem 22. März an die besten Schüler der Rätischen Mittelschule zur Vertheilung gelangen resp. es sollen entsprechende Preämien dafür ausgestellt werden. — Die Bevölkerungszahl unserer Stadt hat nunmehr 25 000 überschritten, nach der letzten Ermittlung beträgt sie 25 024.

Landwirtschaftliches.

* [Westpreußischer Butterverkaufsverband.] Geschäftsbericht für den Februar. Mitgliederzahl 54. Verkauf wurden: a) Tafelbutter 51.422.5 Pfd. für 51.650.66 Mk., d. i. durchschnittlich die 100 Pfd. für 100.44 Mk.; b) Molkenbutter 44.5 Pfd. für 43.61 Mk.; c) Frühstückskäse 9500 Stück für 699.50 Mk., d. i. die 100 Stück für 7.36 Mk.

Die höchsten Berliner sogen. amtlichen Notirungen für Butter waren am 4., 11., 18., 25. Februar und 4. März = 93, 97, 98, 98, 98 Mk., im Mittel 96.8 Mk. Der Durchschnittserlös von

100.44 Mk. überstieg also das Mittel der höchsten Notirungen um 8.84 Mk., während der Durchschnittserlös derjenigen drei größeren Molkereien, die am höchsten herauskamen, bei 2623/2998/4524.5 Pfd. das Mittel der höchsten Notirungen um 6.30/6.33/6.85 Mk. überstieg.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein nennenswerther Rückgang der Schäfe noch nicht festgestellt werden kann.

Berlin SW, Kreuzbergstr. 10. B. Martin. * [Schärfäude.] Aus den Berichten über das Auftreten der Schärfäude in Preußen (mit Auszug des Kreises Grafschaft Bentheim) im Jahre 1887 geht hervor, daß der Erfolg des zur Bekämpfung der Schäfe angemeldeten Verfahrens im allgemeinen den Erwartungen entsprochen hat, wenngleich ein

Berliner Fondsboerse vom 10. März.

Der Kapitalmarkt bewahrt ziemlich feste und ruhige Haltung für heimische solide Anlagen mit Einschluß der Reichsanleihe und Consols. Fremde Fonds behauptet; Deleganier ist Italienisch schwach. Der Privatdiscont wurde mit 2½ Proc. notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditinstitutien und österreichische Bahnen fest, italienische Bahnen wenig verändert, schweizerische still. Inländische Eisenbahnen und österreichische Bahnen fest, italienische Bahnen wenig verändert, schweizerische still. Industriepapieretheilweise fest, besonders Montanwerthe, die auch lebhafte umgingen.

Deutsche Fonds.		Rumän. amort. Anleihe	5	101.20	p. Hyp. A.-B. XXI.-XXII.	Weimar-Gera gar.	171.25	8	Berg- u. Hüttengeellschaften.
Deutsche Reichs-Anleihe	3½	104.00	Rumänische 4% Rente	4	94.75	unk. bis 1905	3½	99.80	Berl. Prod. u. Hand.-B.
do. do.	3½	103.80	Rum. amort. 1894	4	94.90	Pr. Hyp.-D.-A.-G.-C.	4	101.00	Bresl. Disconto-Bank.
do. do.	3	97.20	Türk. Admin. Anleihe	5	96.75	do. do. do.	3½	98.30	Danziger Privatbank.
Consolidirte Anleihe	3½	103.80	Türk. conv. 1% Anl. o. d.	1	22.05	Stettiner Nat.-Hypo.	4½	86.00	Gothardbahn.
do. do.	3½	103.80	do. Consol. de 1890	4	—	Stett. Nat.-Hyp. (110)	4	83.50	Meridional-Eisenbahn.
do. do.	3	98.10	Georgische Gold-Pfdbr.	5	94.00	do. do. (100)	4	—	Mittelmeer-Eisenbahn.
Staats-Schuldscheine.	3½	100.20	do. Rente	4	62.00	do. unkünd. b. 1905	3½	77.60	† Binsen vom Staate gar.
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3½	100.50	do. neue Rente.	5	—	do. unkünd. b. 1905	3½	76.60	Desterr. Franz.-St.
Weißpr. Prov.-Oblig.	3½	100.70	Griech. Goldani v. 1893	fr.	36.20	Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	3½	102.60	† do. Nordwestbahn.
Danziger Stadt-Anleihe	4	—	Magie. Anl. d. 1890	6	99.40	Russ. Central.-do.	5	122.50	do. Lit. B.
Landich. Centr. Pfdbr.	3½	101.10	do. Eisenb. St.-Anl.	5	97.25	—	5½	—	do. Hypoth.-Bank.
Ostpreuß. Pfandbriefe.	3½	100.50	Röml. II.-VIII. Ger. (gar.)	4	95.30	† Russ. Staatsbahnen.	—	—	Disconto-Command.
Pommersche Pfandbrie.	3½	101.25	Römische Stadt-Oblig.	4	—	Schweiz. Unionbahn.	3½	75.90	Dresdner Bank.
Posenische neue Pfdbr.	4	102.15	Argentinische Anleihe	fr.	70.40	do. Westbahn.	—	—	Gothaer Gründ. Bk.
do. do.	3½	100.40	Buenos Ayres Provin.	fr.	46.10	Südösterl. Lombard.	—	34.60	Hamb. Commerz.-Bk.
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	101.09	—	—	—	Warschau-Wien.	14	—	Hamb. Hypoth.-Bank.
do. neue Pfandbrie.	3½	100.90	Danz. Hypoth.-Pfdbr.	4	—	—	—	—	Hannoverische Bank.
Westpreuß. Pfandbrie.	3	93.00	do. do.	3½	—	Gothaer Bahn.	3½	101.70	Königsb. Vereins-Bank.
Posenische Rentenbrie.	4	104.00	Do. Grundsch. V.-VI.	4	103.20	Lübecker Com. Bank	3	59.10	Amsterdam.
Preußische do.	4	104.25	do. do.	3½	99.00	† Ost.-Oderb. B. pr.	4	102.20	do. 2 Mon. 3.
do. do.	3½	101.00	do. unkünd. b. 1906 E. VII/VIII	4	100.10	Desterr. Fr. Staatsb.	3	95.70	London.
do. unkünd. b. 1906 E. VII/VIII	4	—	Hamb. Hypoth.-Bank	4	14.30	Nationalb. f. Deutschl.	150.70	3 Mon. 3.	
Hamb. Hypoth.-Bank	4	—	do. do. do.	3½	14.30	Nordostdeutsche Bank.	5	111.90	Paris.
Desterr. Goldrente	4	104.10	do. unkünd. b. 1900	4	100.80	Desterr. Nordwestb.	4½	101.60	Brüssel.
do. Papier-Rente	4½	102.40	do. do. 1905	3½	100.80	do. Grundcredib.	—	—	Wien.
do. do.	4½	102.40	Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	99.75	Desterr. Credit-Anstalt	11½	—	2 Mon. 3.
Ungar. Staats-Silber	4½	101.10	do. do. neue	4	100.90	Pomm. Hyp.-Act. Bank	154.00	8 Ig. 4	168.70
do. Eisenb.-Anleihe	4½	101.90	do. do. 1906 E. VII/VIII	4	100.10	Magdebg. Privat-Bank	111.40	—	20.47
do. Gold-Rente	4	103.50	do. unkünd. b. 1906 E. VII/VIII	4	100.10	Leininger Hypoth.-B.	106.25	do. 3 Mon. 3.	20.32
Russ.-Engl. -Anl.	4	104.00	do. unkünd. b. 1906 E. VII/VIII	4	100.50	Nationalb. f. Deutschl.	150.70	3 Mon. 3.	80.90
do. Rente	6	—	do. do. do.	3½	100.50	Norddeutsche Bank.	111.90	8 Ig. 3	80.75
do. Rente	5	—	do. do. do.	3½	100.50	Brüssel.	8 Ig. 3	—	80.50
do. Anleihe von 1889	4	—	do. do. do.	3½	100.50	Wien.	2 Mon. 3.	170.05	
do. 2. Orient-Anleihe	5	—	do. do. do.	3½	100.50	do. 2 Mon. 3.	—	—	—
do. 3. Orient-Anleihe	5	—	do. do. do.	3½	100.50	Petersburg.	8 Ig. 5½	216.20	
do. Nicolai-Oblig.	4	—	do. do. do.	3½	100.50	do. do. 3 Mon. 3.	—	—	—
do. 5. Anl. Steat.	5	—	do. do. do.	3½	100.50	Warschau.	8 Ig. 6	216.30	
Poin. Liquidat. Pfdbr.	4	100.90	do. 1886 un. v. 1900	3½	98.70	—	—	—	—
Poln. Pfandbrie.	4½	94.10	do. Comm. Obli.	3½	98.90	—	—	—	—
Italienische Rente	4	93.60	Pr. Hyp. A.-B. XV.-XVII.	4	101.00	Reg. Nav. neue Bonds	93.10	—	—
do. neue, steuerfr.	4	—	do. do. XIX.-XX.	4	103.30	Bank- und Industrie-Aktion.	17.00	5	20.41
do. am. & zu 4.20% St.	4	—	unk. bis 1905	4	99.75	Berliner Bank.	127.60	5	16.24
Pester Commerz. Pfdbr.	4	99.75	P. Hyp. A.-B. XIII.-XIV.	3½	99.75	Berlin.-Rassen-Verein	106.10	5	4.195

Amtliche Anzeigen.

Concurseröffnung.

Über das Vermögen des Kaufmanns Emil Friedrich Gehrt hierbei, Holzmarkt 5, wird heute am 10. März 1898. Vormittags 11½ Uhr, das Concurseröffnen eröffnet.

Der Kaufmann Richard Schirmacher hier, Hundegasse Nr. 70, wird zum Concurserverwalter ernannt.

Concurserforderungen sind bis zum 15. April 1898 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlusssitzung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Befreiung eines Gläubigerausstausches und entretenden Fällen über die im § 120 der Concurserordnung bestimmten Gegenstände — auf den 5. April 1898. Vormittags 11 Uhr,

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 28. April 1898. Vormittags 11 Uhr,

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursermäßigung gehörige Sache im Besitz haben, aber zur Concursermäßigung schuldig sind, wird aufzugeben, nichts als den Gemeindesoldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgelöste Befreiung in Anspruch nehmen, dem Concurserverwalter bis zum 5. April 1898 Anzeige zu machen. (4049)

Röntgenliches Amtsgesetz Abtl. II in Danzig.

Bekanntmachung.

Nach dem Ortsstatut vom 30. März 1892 sind alle im Gemeindebezirk der Stadt Danzig regelmäßig sich aufzuhalten gezwungenen Arbeiter bis zum vollendeten 17. Lebensjahr zum Beauftragten der städtischen Fortbildungsschule und Gewerbeschule verpflichtet. Zu den gewöhnlichen Arbeitern gehören: Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter, Lehrlinge, Arbeits- und Laufburschen, sowie auch die Handlungsgehilfen und Handlungslernende.

Arbeits- und Laufburschen können auf den eingehend zu begrundenden Antrag ihrer Arbeitgeber oder ihrer Eltern durch Beschluss des Curatoriums vom Beauftragten der Fortbildungsschule befreit werden.

Die Gewerbeunternehmer und Kaufleute haben ihre Arbeitnehmer unter 17 Jahren rechtzeitig anzumelden, sie aus der Arbeit sozeitig zu entlassen, daß sie rentfähig und, soweit erforderlich, gereinigt und umgekleidet zum Unterricht erscheinen können, und ihnen in Falle einer durch Krankheit begründeten Verjährungsdes Unterrichts eine Belehrung darüber anzupfeilen.

Zwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. oder Haft bis zu 3 Tagen bedroht.

Der Unterricht beginnt am Montag, den 28. März v. J. Anmeldungen werden an Wochenlagen in der Zeit von 9—1 Uhr Vormittags und 5—9 Uhr Nachmittags im Bureau des neuen Fortbildungsbauhauses (an der großen Mühl) entgegengenommen. Dasselbe kann auch per Stundenplan eingesehen werden.

Danzig, den 9. März 1898. (4062)

Curatorium der staatlichen Fortbildungsschule und Gewerbeschule. Delbrück.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Seefälle, welche der eiserne Dempier „Buda“, aus Leith, Capitain Reid, aus der Reise von Leith nach hier ertritten hat, haben wir einen Termin auf den 12. März 1898. Vormittags 11 Uhr,

in unserem Geschäftskloster, Pfefferstadt Nr. 33—35 (Holzbau)

überraumt.

Danzig, den 10. März 1898. Königliches Amtsgericht X. (4048)

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist heute bei der unter Nr. 15 eingetragenen Gesellschaft „Neue Gasgasse-Ulrich Wilhelm Rolle & Co. in Liquidation“ in Berlin mit einer Zweigniederlassung in Marienburg vermerkt, daß die Liquidation beendet und die Firma erloschen ist.

Marienburg, den 7. März 1898. Königliches Amtsgericht.

Unterricht.

Privat-Unterricht.

Vorlesungen für Schülerinnen und Anfänger (auch Anfänger) — vom 6. Lebensjahr an, erhält in allen Lehrhäusern Unterricht in Langfuhr und Danzig (6753)

Gertrud Holder Egger, gepr. Lehrerin, Langfuhr, Brunsborneweg 15, 3 Tr.

Öffentliche Versteigerung. Sonnabend, den 12. März, Vormittags 10 Uhr, werde ich

Altstädt. Graben 81, part., folgende dort hingeschaffte Gegenstände, als:

1. Wäschelkram, 1. kleines Schrankchen, 8 Mehlkästen, 1 Decimalwaage nebst Gewichten, 1 Tombank, 2 Zähler, 1 Suppenschüssel (für Suppe), u. a. m.

En Weg der Erwachsenenbildung, mitteilbar gegeben. Darabzugung versteigern. (4016)

Danzig, 10. März, 1898.

Hellwig, Gerichtspolizeiher in Danzig.

Heil. Geigalre 23.

Gustav Jaeschke, Hundegasse Nr. 80.

Barium-Silicat-Brillen-Gläser

(gleichwertig den logen. Kometropischen Gläsern).

Im Preise bedeutend billiger

und trocken den Gläsern in nächsterh. Nummern</

Zu den bevorstehenden
Einsegnungen
empfehlen wir aus unsern bedeutend vergrößerten
Special-Abtheilungen für Damen-Sleiderstosse
schwarze, crème und eisenbeinfarbene, reinwollene
Double-Cachemires, Crêpes, Jacquards, Cheviots,
Crépon-Jacquards, Mohair-Jacquards und Crépons,
Cheviot- und Mohair-Frisés, Corkscrew, Diagonals,
Foulés und Frisés (3940)
in reichhaltiger, geschmackvoller Auswahl und vorzüglichen Qualitäten
→ zu ganz besonders billigen Preisen. ←
Täglicher Eingang von Neuheiten
in gestickten weiß, crème und eisenbeinfarbenen
Nansoc-, Batist-Roben und gestickten Mulls.
Ertmann & Perlewitz
Hauptgeschäft: Holzmarkt 25/26. Commandite: Holzmarkt 23.

Schuh-Bazar-Vereinigung
Theodor Werner,
3 Große Wollwebergasse 3,
empfiehlt
zur Confirmation
Schuhe u. Stiefel
für Knaben und Mädchen
in allen Preislagen.

Gämmtliche Winterschuhwaaren sowie die Restbestände
meines vorjährigen Sommerlagers verkaufe zu
bedeutend herabgesetzten Preisen.



Schuhe umsonst.

J. Landsberg, Langgasse Nr. 73.

Theodor Wagner,
vorm. **Wilh. Falk,**
Danzig, Breitgasse 14.

Färberei und Reinigung
aller Damen- und Herren-Garderoben.

Waschanstalt
für Gardinen jeder Art, Tischläufer,
Garnstickerei etc.

Reinigungsanstalt
für Möbelstoffe, Portières, Vorhänge etc.,
in Baumwolle, Wolle u. Seide,
Teppiche in Smyrna, Velours u. Brüssel.

Imprägnierung
sämmlicher Garderoben und anderer
Gegenstände etc.
Wasserdicht und feuersicher.

Schloß-Sicherungen
(D. Reichs-Patent)
zur Verhütung von Einbruchs-Diebstählen. Mit Dietrichen oder
sonstigen Instrumenten nicht zu öffnen. Sicherheitheit der
Schlösser sehr vielfach. Jedes Schloß wird zum besten Rundschloß.
Diese Sicherung kann in jedem gewöhnlichen Thürschloß, ohne
Thür und Schloß zu beschädigen, mit 2 Schrauben befestigt, beim
Wohnungswechsel wieder herausgenommen und zu einem andern
Schloß verwendet werden. Dieselben werden eingefügt und sind zu
haben bei

C. A. Münzel,
3841) **Schlossermeister, Frauengasse 8.**

Vereine

Verein Frauenwohl.
Sonntagnachmittag, den 12. März, abends 7½ Uhr,
im Apolloaal des Hotel du Nord:
Vortrag von Fräulein von Milde, Weimar:
„Unsere Kinder“.

Mitglieder unentgeltlich. Billets für Gäste à 50 Pf im Bureau
Gr. Seergasse 6 und an der Abendkasse. (3712)
Nach dem Vortrage gemeinsames Abendessen à 1.25 M.

Evangelischer Bund.
Sonntag, den 18. d. Ms., abends 7½ Uhr,
im großen Saale von
Thierfeld's Hotel, Oliva,
Haupt - Versammlung.
Familien-Abend.
(Chor- und Sologesänge usw.)
Vortrag, Herr Pfarrer Otto-Oliva.
Gäste willkommen. (3902)

Neuer Gesangverein von 1894.
Dirigent: Königl. Musikdirektor Kisielnicki.
Freitag, 18. März 1898, Abends 7½ Uhr
Aufführung von Rob. Schumann's
Das Paradies und die Peri
im Friedrich Wilhelm-Schützenhause.
Solisten:
Fr. Meta Geyer-Berlin,
Herr Gustav Trautermann-Leipzig.
Orchester: Kapelle des Grenadier-Regiments König Friedrich I
(Theil).
Billets für refero, Platz à 3 M., Stehplatz 2 M., Stehplatz
1 M. und Textbücher sind in der Musikalienhandlung des Herrn
Lau, Langgasse, zu haben, ebenso Billets zur
Generalprobe am 17. März à 1 M. (3804)

Heiligen Leichnam.
Sonntag, den 18. März, Nachmittags 5 Uhr:
Kirchen-Concert.
unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Anna Witsch (Mezzo-Sopran) und eines gesuchten Dilettanten (Violine), veranstaltet
von Herrn Krause, dem blinden Organisten zu St. Leichnam,
Programm.
1. Freies Präludium über den Choral „O Welt sieh
hier dein Leben“. 2. Recitativ und Arie „Hellster Sonnenschein“ für
Mezzo-Sopran, Violine und Orgel Händel.
3. BACH-Fuge. 4. „Solahtu“, geistliches Lied Gounod.
5. Larghetto für Violine und Orgel Mozart.
6. Geistliches Abendlied Reimann.
7. Canzona Bach.
Billets à 1 M., drei für 2.25 M., in der Musikalienhandlung
von Hermann Lau, bei Frau Guverintendent Boie, St. Leichnam 8, und in der Conditorei von Hermann Droh in Langfuhr
am Marktplatz. — Kirche geheizt. (3795)

Vergnügungen

Treitag, 18. März, Abends 7½ Uhr

Wilhelm-Theater. Director u. Bes. Hugo Meier.
Aurhaus und Pension
Zinglers Höhe

Nach London:
 SS. „Oliva“, ca. 12./16. März.
 SS. „Blonde“, ca. 18./21. März.
 SS. „Brunette“, ca. 25./28. März.
 SS. „Mlawka“, ca. 25./28. März.

Es lädt in London:
Nach Danzig: (4059)
 SS. „Blonde“ ca. 11./13. März.
Th. Rodenacker.



Vampfer „Neptun“ u. „Bromberg“ laden bis Sonnabend Abend Güter in der Stadt und Neufahrwasser nach:
 Dirschau, Mewe, Kurzebrück, Neuenburg, Braudorf, Schwin, Culm, Bromberg, Thorn.

Güteranmeldungen erbittet
Ferdinand Krahn,
 Schäferrei 15. (4002)

Geldverkehr:

Hypothesen-Kapital
 Zur 1. Stelle auf Danziger Wohnhäuser offiziell (3999)
 provisionsfrei für Rechnung der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt zu Berlin

P. Pape in Danzig,
 Ankerhafenstraße 6, 1 Tz.
 15.00 M. E. K. 15.00 M. E. K.

1883er Auf Wunsch! 1883er

Diese Woche alter Bordeaux vom Fah, pro Liter 1.30 Mk. pro Flasche 1 Mk. ohne Glas. Zur Ansicht: Altes verw. fülltes Fah, durch Bordeauxiegel amlich verschlossen. Proben gratis.

NB. Nächste Woche:
Elsässer Rothwein,
 pro Liter 80 pf.
Californische Weinhandlung,
 Vorlehrtsengasse 2. (3997)

Tapeten.
 Sämtliche Neuheiten,
 besonders schöne Muster in allen Preislagen,
 sind eingetroffen.

Große Auswahl! Billige Preise!
 Vorjährige Muster und Tapeten-Reste
 sind bedeutend zurückgesetzt.

Für Neubauten Extra-Bergütung.

Carl Baumann,
 Matzkauschgasse 6,
 zweites Haus von der Hundegasse. (4053)

**Freitag, 10. März, Abends 7½ Uhr,
im Apollo-Saal:**

IV. und letztes Kammermusik-Abonnement-Concert. Davidsohn. Warnecke. Senger. Busse. Programm.

1. Haydn: Quartett D-dur. — 2. Mozart: Quartett C-dur.
3. Beethoven: Septett.

Billets zu M. 3, 2, Siehplatz M. 1. Schülerbillets 75 P.
in der Musikalienhandlung von C. Ziemssen (G. Richter),
Hundegasse Nr. 36. (4056)

Hôtel de Stolp.

Heute Freitag, den 11. März:
Grosses Militär-Concert
ausgeführt von Mitgliedern der Kapelle des Fussartillerie-Regiments
von Hindenburg (Pomm. Nr. 2), (6759)
verbunden mit

Bockbierfest.

M. Melzer.
Anfang 7 Uhr.
Rächte Bockbierfeste: Sonnabend, den 12., und Sonntag,
den 13. März.

Sängerheim.

Sonnabend:
Letzter Familien-Maskenball
mit neuen Überraschungen.
Es lädt ergebenst ein Hochachtungsvoll
67800 Arthur Gelsz.

**Erfolgreicher Erfolg
des neuen
Riesen-Programms.
Nur noch einige Tage**

**Die 3
Tigergrazien.**
The 3
Maaikwoods,
moderne Comödianten.
Ueberlé-Truppe,
Barterre-Akrobaten.
Rassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Concert-Laade.
Sonnabend, 26. März
Näheres später.

Dienstag, den 22. März,
7½ Uhr:
Eugen Gura.
Karten 4, 3, 2, 1½ M. i.
d. Musikhdg. Ziemssen.

1000—1500 Quadratmeter großen
Lagerplatz

**jetzt Besitzer Eugen Deinert.
Anerkannt schönster Aus-
sichtspunkt.**
Comfortable eingerichtete Räum-
lichkeiten für Festlichkeiten,
Hochzeiten u. s. w. besonders
geeignet.

**Dejeuners, Divers
und Soupers**
auch außer dem Hause.
Bad im Hause. Fernsprecher 488.

A. W. Dubke
empfiehlt sein Lager von
Holz und Kohlen
zu billigsten Tagespreisen.
Unter Schmidgasse 18.

Vornehme Neuheit!
Postkarten
mit Danziger Ant. u. künstlerisch
ausgeführten Einschlüsse in
Aluminium - Prägung empfiehlt
Clara Bernthal, gasse Nr. 18.

Verloren, Gefunden
Donnerstag Abend ist in der
Langgasse eine (6788)
Haarfrisur
verl. ges. Finder wird gebeten,
dief. in der Zimmermann'schen
Conditorei, Langgasse, abzugeb.

Beilage zu Nr. 23074 der Danziger Zeitung.

Freitag, 11. März 1898 (Abend-Ausgabe).

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

Am Ministerstühle: v. Miquel, Frhr. v. d. Recke und
Walter Dr. Gerlich.

Nachdem das Haus den § 1 der Vorlage über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 hervorgerufenen Beschädigungen in der Fassung der Regierungsvorlage in dritter Lesung einstimmig angenommen hatte, ebenso die Resolution Letoskas und das ganze Gesetz (o. telegraphischen Bericht in der heutigen Morgennummer) trat es in die dritte Beratung des Gesetzentwurzes, wobei Abänderung des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen.

Abg. Moty (Pole): Meine Partei wird auch jetzt nicht an den Verhandlungen Theil nehmen, wohl aber an der Abstimmung.

Abg. v. Staudt (cons.): Der Abg. Rickert nannte den Geschäftsgang der Ansiedlungskommission in der zweiten Lesung schwerfällig und inconsequent. Jene Vorwürfe sind unbegründet. Auch gegen die Ausführungen des Abg. Jäckel muss ich Widerspruch erheben, sie können die Erinnerung an den verstorbenen Herrn v. Tiedemann nicht abschwächen, an diesen Ehrenmann, der stets viel dazu beigetragen hat, die Geldflucht der Deutschen in der Provinz Posen zu stärken. (Lobhafter Beifall rechts.)

Abg. Gerlich (freicon.): Herr Jäckel hat allerdings einen deutschen Namen, aber kein deutsches Herz. Wie kann er sich hier in Berlin zu solcher Rebe hinstellen! Er hat damit seiner Partei einen schlechten Dienst geleistet, doch er den deutschen Namen hielt vorvergneigt. Das habt mir die Deutschen in unserer Provinz verübt. Der Antrag Sieg fordert die Bildung von Regierung nur in Ausnahmefällen; ich hätte gewünscht, dass das nicht bloß in Ausnahmefällen geschehe. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass mehrfach der Ankauf von Gütern unmöglich wurde, weil die Bildung solcher Registrier nicht vorgesehen war. Den Abg. v. Gjarkinski habe ich um Auskunft in begründeter Form über einige Beschwerden gebeten, die meine Gegend betreffen. Es machte mir aber den Eindruck, als wäre er aus. Ein Privatvortrag von mir, den er hier als vor Gericht verlesen bezeichnet, ist nicht verlesen, sondern durch Indiscretion eines polnischen Beamten den Polen bekannt geworden, und die benannten solche Waffen, einer alten im Amt ergrauten Beamten gehörte anzugeben. Wer ein bisschen Gefühl für Anstand hat, verzichtete solche Waffen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Sie haben in nicht mißzuverstehender Weise in Bezug auf Angehörige des Hauses davon gesprochen; wer ein bisschen Gefühl für Anstand hat, verzichtete solche Waffen. Ich rufe Sie deshalb zu Ordnung.

Abg. Gerlich (freicon.): fortlaufend: Ich nehme den Ordnungsruft an. (Heiterkeit.) Wehe einer solchen Partei, die solche Waffen gebraucht, und einer Partei, die nicht mehr unterscheiden kann, was anständig ist und was nicht! (Ohol bei den Polen.) Der Minister warnte Sie (zu den Polen), mit dem Feuer zu spielen, aber womit die Polen spielen, das ist nicht mehr das Sauer, sondern heimtückisches, schleichendes Gift. (Lärm bei den Polen. Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Ich nehme an, dass Sie mit den letzten Worten nicht die Partei im Hause gemeint haben!

Abg. Gerlich (freicon.): Gewiss nicht! (Heiterkeit und Unruhe.)

Abg. Im Walle (Centr.) findet in dem Gesetz eine Verfassungsänderung und beantragt die danach nötige nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen. (Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Abg. Dr. Stephan (Centr.) tritt dieser Ausschreibung bei. Das angestrebte Ziel des Gefechts könnte doch in einer begrenzten Zeit erreicht werden; man braucht also nicht einen dauernden Fonds zu schaffen.

Minister v. Miquel hält diese Ausschreibung für ganz falsch. Alle Ausgaben und Einnahmen des Staats sind dauernder Natur, so lange bis sie förmlich aufgehoben werden. Daher sei es auch falsch, wenn bei der Bereitstellung der Mittel für den Flottenbedarf aus mehrere Jahre eine Einschränkung des Budgetrechts gesunden werde. Er hoffe, dass das Haus eine Verfassungsänderung in der Vorlage nicht erblieben werde. Auch die erste Vorlage sei ja als eine Verfassungsänderung nicht erachtet worden.

Justizminister Schmiedeknecht schließt sich den Miquelschen Ausführungen in allem an.

Regierungs-Commissioner Gachs legt dar, dass der bisherige Besitzwechsel im Kleingrundbesitz ein erhebliches Ueberwiegen des polnischen Besitzes erkennen lasse und schon unter diesem Gesichtspunkte die Vorlage gerechtfertigt sei.

Abg. Jäckel (frei. Volksp.) verwarnt sich gegen Gerlichs Vorwürfe. Er habe das Bestehe, den Frieden in den polnischen Landestheilen zu sichern. Er habe den H.-A.-Z.-Verein verurtheilt, aber er habe auch in Posen die Gründung eines Antih.-A.-Z.-Vereins bekämpft.

Abg. Dr. Gattler (nat.-lib.) hält die Verfassungsbedenken für ungrundlos und empfiehlt unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (cons.): Die Beschwerde des Abg. Jäckel über persönliche Angriffe ist darum unvereinbar, weil er ja die Vorstufe des Hakkatenvereins — gegen die ich ja auch manches einzunehmen habe — ebenfalls mehrfach persönlich angriff. Der Abg. v. Staudt trat nur mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung an der Spitze der Landstift nicht dem Hakkatenverein bei, denn in dieser seiner Stellung braucht er auch das Vertrauen der Polen; gegen den Hakkatenverein hat er nichts einzubringen. Ich halte den Abg. Jäckel durchaus für keinen Agitator, aber für einen geeigneten Vertreter des Deutschthums in der Provinz Posen, halte ich ihn auch nicht — das mag er mir nicht übernehmen. — Ein Verfassungsverlehung kann ich in der Vorlage nicht erkennen, meine Fraktion wird also gegen den Antrag Im Walle stimmen. Der katholischen Confession wird durch das Ansiedlungsgesetz kein Abbruch gethan; die Regierung trüge keinen Augenblick Bebenken, einen katholischen Ansiedler einzuziehen, wann nicht die Erfahrung dagegen spräche, wenn nicht aus dem Zehnten national-deutsche katholische Geistlichen eine Polonisierung der Katholiken resultierte. Der Zustand in Posen ist jedenfalls zur Zeit sehr bedenklich, das wird der Abg. Jäckel auch geben, und die Regierung hat die Pflicht, die Ausbreitung dieses Zustandes entgegenzutreten. Wir werden der Vorlage zustimmen und die Regierung in allem unterstützen, was die Ausdehnung des Polonismus bekämpft.

Abg. Moty (Pole): Die letzten Worte des Abg. Gerlich locken mich trocken vorher abgegebenen Erklärung aus meiner Karte. Er hat die polnische Nation in einer solchen Weise beleidigt, dass wir fordern müssen, dass er seine Worte zurücknimmt.

Abg. Stephan (Centr.) hält gerade das Novum der Vorlage, dass die zeitliche Beschränkung der Geltung des Ansiedlungsgesetzes aufgehoben sei, für eine Verleugnung des Artikels 99 der Verfassung; hierüber können eben noch keine res Decidata vorliegen. Die Vergleichung mit angestellten Beamten passe nicht, weil bei diesen jeder einzelne Beamte zur Verhandlung gestellt werde, hier aber nicht jedes zum Ankauf bestimmte Gut. Auch die Bezugnahme auf die Flotte passe nicht, weil bei dieser eine dauernde Institution angestrebt werde, bei der gegenwärtigen Vorlage aber

nur ein bestimmter politischer Zweck. Hier liegt sicherlich eine Verfassungsänderung vor.

Geheimer Rath Gachs weist darauf hin, dass die von ihm angegebenen Verhältnisse nicht die Resultate einer langen Zeit, sondern nur die eines einzigen Jahres seien.

Abg. v. Gjarkinski (Pole): Die Heftigkeit der Ausführungen des Abg. Gerlich sollte wohl das Fehlen der Beweise verdecken, — worauf beleidigt, hat immer Unrecht. Ich habe den Abg. Gerlich nicht beleidigen wollen. Der Brief des Hakkatenführers Wagner, von dem Herr Gerlich sprach, war nun doch einmal öffentlich und darum glaubte ich ihn auch benutzen zu dürfen. Freilich zeigte auch die Sach wieder — es ist nichts so sein gesponnen, es kommt doch an Einfachheit der Sonnen. Verleumdungen darf man nicht aussprechen. (Glocke des Präsidenten.) Ja, Herr Präsident, das sind ja nicht meine Worte, ich will ja nur sitzen.

Präsident v. Kröcher: Ich sage ja auch noch gar nichts! (Große Heiterkeit.)

Abg. Gerlich (freicon.): Das Wort Verrath braucht ich nach den vorgekommenen Ereignissen nicht zurückzunehmen; die Polen im allgemeinen schäme ich durchaus nicht gering — ich habe viel zu viel gute Freunde unter ihnen gefunden, aber kritisieren muss ich sie und ihre Thaten dürfen. Ich nehme also das Wort „Verrath“ nicht zurück, die Folgen werde ich zu fragen wissen, wie die Folgen so vieler Vor kommisse in meiner langjährigen Beamtenlaufbahn.

Abg. Stephan-Beuthen (Centr.) beantragt, die Vorlage nochmals an die Budgetcommission zurückzuweisen.

Abg. Graf Limburg-Stein (cons.) und Abg. Gattler (nat.-lib.) sprechen sich dagegen aus.

Über den Antrag Stephan wird abgestimmt verlossen, die Vorlage in ihren Einzelheiten und in endgültiger Gesamtabstimmung angenommen, der Antrag Im Walle auf nochmalige Abstimmung nach drei Wochen abgelehnt.

Abg. Stephan-Beuthen (Centr.) erklärt, er habe schon stillschweigend auf seinen Antrag verzichtet.

Es wird die Spezialberatung des Kultusrats fortgesetzt bei dem Capitel „Prüfungscommissionen“.

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) hat Besenken gegen zu weitgehende Ermächtigungen des Oberlehrerinnen-Eksamens. Wollen diese die gleichen Stellungen wie Männer einnehmen, so müssen sie auch die gleichen Vorbedingungen erfüllen; allerdings müssen ihnen dann auch die gleichen Ansprüche zugesellen wie den Männern.

Abg. Dauzenberg (Centr.) ist für Befestigung der Oberlehrerinnen-Prüfungen, die ganz überflüssig sind und nur von unruhigen Räumen gefordert würden.

Abg. Wetekamp (frei. Volksp.) tritt dieser Ausschreibung entgegen; die jungen Damen verlangen auch gar keine Bevorzugungen. Redner schlägt sich im wesentlichen den Ausführungen des Abg. Friedberg an.

Regierungs-commissar Geh. Rath Schneider: Den Lehrerinnen konnten wir auf Grund unserer praktischen Erfahrungen die Zulassung zum Oberlehrerinnen-Examen nicht länger versagen. Wir verlangen von ihnen keine tiefe Lehrfamkeit, sondern ein gediegene praktisches Wissen, das sie zum Unterricht in den höheren Klassen befähigt.

Abg. Gschall (cons.) hat sich von der Notwendigkeit der Einführung des Oberlehrerinnen-Eksamens nicht überzeugen können. Der Andrang zu diesem Examen ist die Folge eines gewissen Ehrgeizes. Schon heute ist in Bezug auf die Zulassung der Frauen zu Stellungen, die bisher nur Männer innehaben, zu viel geschieden.

Zu weiteren Schritten möchten wir nicht die Hand bieten. Auf medizinischem Gebiete können wir den Damen gern Gelegenheit sich auszubilden, aber nicht die gleiche Bildungsgang wie dem Manne. Der eigentliche Lebensberuf der Mädchen liegt auf einem anderen Gebiet. Der heutige Tag erinnert uns an die Königin Luise, die uns erhabener als alles Andere den wahren Beruf der Frau zeigt. (Bravo!) (W. L.)

Abg. Dr. Ennecerus (nat.-lib.): Wenn Sie von dem Examen abziehen, würde der Unterricht auf unseren Töchterschulen bald so zurückgehen, dass Sie selbst eine Besserung wünschen werden. Unerfüllbares wird keineswegs verlangt.

Nach einer Entgegnung des Abg. Dr. Pittius (Centr.) schließt die Debatte; das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Capitel „Universitäten“ wünscht Abg. Böttlinger (nat.-lib.) die Errichtung besonderer Professuren für Geschichte der Medizin; und zwar an den Haupt-Universitäten Extra-Ordinariate, in Berlin aber ein Ordinariat.

Regierungs-Commissionar Geh. Rath Althoff: Die Regierung erkennt das Erfordernis, für die Errichtung solcher Lehrstühle zu sorgen, an und ist auch bereits mit geeigneten Lehrkräften in Verbindung getreten. (Bravo!) (Schluss 1/4 Uhr.)

Deutschland.

* Berlin, 10. März. In Ergänzung der Meldung des „Reichsanzeigers“ vom Abschluss des deutsch-chinesischen Vertrages über Kiautschou und das dazu gehörige Hinterland erhält das „Berl. Tgl.“ von seinem Correspondenten Eugen Wolf aus Peking ein Telegramm, wonach in Gemäßheit der Bedingungen des Vertrages, welcher zwischen Deutschland und China abgeschlossen ist, die deutschen Truppen nunmehr die Städte Kiautschou und Tsingtau räumen werden. Es sei bemerkbar, dass diese beiden Städte außerhalb des eigentlichen deutschen Pachtgebietes, wenn auch innerhalb der sogenannten neutralen Zone liegen, in der keinerlei Maßnahmen gegen den Willen Deutschlands getroffen werden können.

* Die deutschen Studenten sind auf ihrer Reise nach Italien in Neapel eingetroffen.

[Verschärfung des Abiturienten-Exams.] Auf dem Umwege über den reichsländischen Landes-Ausschuss kommt die Nachricht, dass im Berliner Cultusministerium zur Zeit sehr eifrige Erwägungen schwelen sollen, das Abiturienten-Examen wieder zu verschärfen.

* [Dienstauszeichnung für Bahnbeamte.] Durch allerhöchsten Erlass vom 5. Januar d. Js. ist genehmigt worden, dass die bisher nur für Weichensteller I. Klasse, Weichensteller, Brückenwärter, Bahnwärter, Nachtwächter, Schaffner, Bremser und Heizer bestimmte Dienstauszeichnung, bestehend in einfachen bzw. doppelten auf beiden Schultern zu tragenden goldenen Plakettenschnüren, künftig auch den Wagenwärtern, Maschinenvätern, Kraftmeistern, Arbeiterwärtern, Trajecheizern, Matrosen, Portiers und Bahnsteigkassenwätern verliehen werden kann, und dass für diese Verleihung eine fünf- bzw. zehnjährige völlig zufriedenstellende Dienstführung die Voraussetzung bildet. Döllig strafsfrei Dienstführung wird demnach fortan nicht mehr verlangt. Im Anschluss an diesen Erlass hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, dass die für den Fall zufriedenstellenden Verhaltens in Aussicht gestellte Auszeichnung dem Beamten nicht vorbehalten werden soll, wenn die verhängten Strafen auf seinen Dienstleiter und persönlichen Charakter ein ungünstiges Licht nicht

werfen. Nach einer weiteren Bestimmung des Ministers sind die für die Verleihung der Dienstauszeichnungsnüre fortan maßgebenden Gesichtspunkte auch bei der unkündbaren Anstellung der Beamten anzuwenden.

○ Pojen, 10. März. Der neue Polizeidirector, Herr v. Hellmann, hat den Schuhleuten mitgeteilt, dass Vergehen gegen die Instruction häufig nicht mehr mit Geldstrafen, sondern mit 24stündigem Arrest, welcher im Polizeigefängnis zu verbüßen ist, geahndet werden. Weiter wurde den Schuhleuten das Rauchen auf der Straße verboten, gleichviel ob im Dienst oder nicht. Ebenso wurde den Schuhleuten die gegenseitige Verhaftung auf Posten verboten. Betreffs des Rauchverbotes erschien eine Abordnung von Schuhleuten bei dem Herrn Polizeidirector, konnte jedoch die Aushebung dieses Verbotes nicht erlangen.

Karlsruhe, 10. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Wahlrechtsdebatte fortgesetzt. Von liberaler Seite sprachen mehrere Abgeordnete dafür, dass die Regierung die Initiative in der Frage der direkten Wahl ergreifen möge. Von Seiten des Centrums griff der Abg. Wacker den Minister des Innern Dr. Eisenlohr scharf an und erklärte, es handle sich um ein ausdrückliches Misstrauensvotum gegen den Minister und die Regierung, soweit sie mit dem Minister einverstanden sei. Der Minister Dr. Eisenlohr erwiderte, er habe gestern seinen Collegen das Misstrauensvotum mitgeteilt und es sei auch als solches von denselben gewürdigt worden. Das Staatsministerium sei aber einmütig der Ansicht, dass mit Rücksicht auf die bekannten Regierungserklärungen der Antrag Wacker einen Anlaß zu weiteren Erklärungen der Regierung nicht gebe. Von sozialistischer Seite wurde ein Antrag eingereicht, den Antrag Wacker dahin abzuändern, dass an Stelle des Bedauerns eine entschiedene Missbilligung über die Haltung der Regierung ausgedrückt werde.

München, 10. März. Die Kammer der Reichsräte beschloss in ihrer heutigen Sitzung bezüglich der vor der Kammer der Abgeordneten abgelehnten Gehaltserhöhung für die katholischen und protestantischen Geistlichen nicht nur die Regierungsvorlage wiederherzustellen, sondern Regierungsmitglieder sowie Beamte des Staates des neuen Übergangs über die Mittwoch nördlich in der Mitte zwischen der Marienbrücke und der Thalkirchner Brücke mit dem Anschluss an den Vorstädtischen Brücken gestellt werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass in der Niederstadt verschiedene Wohnungen gekündigt worden seien, deren bisheriger Inhaber nach den neuen Statthalten auf dem niedergelegten Wallerstein ziegen. Wenn es nicht gelänge, eine direkte Verbindung mit dem Schwarzenberg oder der Sandgrube durch den Bau einer neuen Brücke herzustellen, werde die Entstädterung der Niederstadt noch mehr zunehmen. Hierauf drohte ein Bewohner von Aneipab die wenig erfreulichen Zustände jenseits der Vorstadt zur Sprache und die Versammlung beauftragte den Vorstand, bei dem Magistrat wegen Einführung von Verbesserungen in der Beleuchtung, der Pflasterung und der Wasserversorgung vorstellig zu werden. Dann referierte Herr Schmidt über die Wohnungsteuer, die ungerecht für den Mieter und den Vermieter sei. Er erörterte die einzelnen Bestimmungen des Reglements und stellte eine Resolution zur Abstimmung, welche sich gegen das Weiterbestehen dieser Steuer ausrichtet. Nachdem diese Resolution abgelehnt worden war, beschwerte sich Herr Böhme darüber, dass die sog. „Augusztahrfest“ des Magistrats nicht auch zur öffentlichen Ausblendung gelangen, wie die übrigen Fuhren. Herr Schmidt versprach, über die Angelegenheit Erkundigungen einzulegen. Gegen 11½ Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

I. Deutsch-nationaler Handlungsgesellen-Verein. Gestern Abend hielt die hiesige Ortsgruppe im Bildungsvereinshaus eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Franz Schneider-Hamburg, nachdem der Vorsitzende Herr Jäche die Versammlung mit einem Kaiserhoch eröffnet hatte, über das Lehrerwesen und die Frauenfrage im Handelsgewerbe sprach. Der Redner ging davon aus, dass diese beiden Fragen Eisernen und Cardinales Fragen des Handlungsgesellenstandes seien und dass die Handlungsgesellen ihrer proletarisirten entgegen gehen, wenn diese Fragen nicht gelöst würden. Das Hauptübel des Standes ist die Stellenlosigkeit, welche es doch im Jahre 1895 12 000 St. Ursulae Handlungsgesellen gegeben. Diese Stellenlosigkeit werde herbeigeführt zunächst durch das Lehrerunternehmen, eine Art von Lehrlingsbüchern, die von manchen Firmen betrieben werden, denen es nur darum zu thun ist, möglichst viele billige Arbeitskräfte zu erlangen. Es gibt Firmen, bei denen sich 4 Gehilfen und 20 Lehrlinge, 5 Schülern und 52 Lehrlingen befinden. Der Redner forderte, dass die Principale Lehrlinge nur in einem bestimmten Procent ihres Gehalts bestanden halten dürften. Ein weiterer Factor für die Stellenlosigkeit der Handlungsgesellen sei die überhandnehmende Frauenarbeit. Der Redner schätzte die Zahl der Gehilfinnen in Deutschland auf 140 000, darunter 40 000 Comturiinnen. Die Frauen seien nicht tüchtiger als die Männer und für sie böte sich in der Familie am häuslichen Hand noch viele Tätigkeit. Und wenn sie dann noch etwas verdienen wollen, so verbessern wir vielleicht die Gesetze.

Paris, 10. März. Zola hat gegen die Entscheidung des Justizpolizeigerichtes betreffend die Kompetenz-Erklärung in dem von den Christenverständigen eingestrengten Präfekt-Berufung eingegangen.

Die Deputirtenkammer berichtet die Reform der Gewerbesteuer, welche an das Finanzgefecht angefügt ist. Entgegen den Erklärungen d. Minister Bouvier und Cordery nahm die Kammer mit 293 gegen 225 Stimmen einen von Berry eingebrachten Abänderungsantrag ein, welcher die Gewerbesteuer der großen Kaufgeschäfte beträchtlich erhöht. Danach würden die großen Kaufgeschäfte von Paris im ganzen etwa 33 Millionen Gewerbesteuern zahlen. (W. L.)

England.

Windsor, 10. März. Königin Victoria reist morgen nach Cherbourg ab. (W. L.)

Italien.

Rom, 10. März. Deputirtenkammer. Abg. di Martino bringt, unterstützt von anderen Abgeordneten, einen Gesetzentwurf ein betreffend Einführung eines Ehrengerichts, welches bei bürgerlichen Streitigkeiten, die eine Folge von Ehrenbeleidigungen sind, zu entscheiden hätte. Die Sozialisten-Partei bringt einen Antrag ein, welcher das Duell auf eine Stufe stellt mit gemeinen Verbrechen. Beide Gesetzentwürfe werden gemäß der Gesetzesordnung zunächst durch die Bureau der Kammer geprüft werden. (W. L.)

* [Personalien bei der Eisenbahn.] Versetzt sind: die Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspectoren Schrader von Rabeburg (Directionsbezirk Altona) nach Graudenz unter Übertragung der Geschäfte des Vorstandes der dortigen Betriebs-Inspection I., Schule von Carthaus in den Bezirk der Eisenbahndirection Hannover und Großjohann von Bohum nach Carthaus unter Übertragung der Geschäfte des Vorstandes der Bau-Abteilung für die Neubaulinie Bremi-Carthaus, der Bahnmeister-Aspirant Damm von Neufahrwasser nach Danzig.

* [Stiftungsfest.] Morgen feiert der Marine- und Militäralemen-Drein im Adlersaal des Schützenhauses sein 14. Stiftungsfest durch einen Ball.

* [Selbstmordversuch.] Der zwanzigjährige Schuhmacher Hermann Waldi, in der Schleier-Colonie wohnhaft, hat gestern Abend durch einen Revolverschuss in die linke Schläfe seinem Leben ein Ende zu machen versucht. In bestinnungslosem Zustande wurde er mittels des Sanitätswagens nach dem Lazarett in der Sandgrube gebracht. Die Beweggründe der verzweiflungsvollen That sind unbekannt. W. hatte einen Zettel an seinem Pflegevater geschrieben, wonin er demselben mittheilte, daß er seinem Leben ein Ende machen wolle. Die benutzte Schußwaffe hatte er erst gestern gekauft.

* [Unfall-Schiedsgericht.] In der unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsoffiziers H. Herkling gestern stattgehabten Sitzung des Schiedsgerichts für den Bezirk I der Ostdeutschen Binnenschiffahrt-Berufsgenossenschaft standen 11 Unfallstreitigen zur Verhandlung, von denen 7 jurikewiesen wurden und zwar betrafen 5 Fälle die erstmalige Regelung des Entschädigungsanpruchs und 2 Fälle Reitererhöhungsanträge. In 4 Fällen beschloß das Schiedsgericht Beweiserhebung.

* [Patente.] Auf ein aus zwei Einzelheiten zusammengesetztes Doppelrohr für Schwemmanalisation ist von Otto Treunert in Bromberg ein Patent angemeldet worden.

* [Schöpfengericht.] Wegen geworbsmäßigen Wildbeobachtens hat sich zu verantworten: 1. der Arbeiter Julius Städlander aus Nehrwieder, wegen Jagdvergehens bereits vorbestraft, 2. der bisher noch unbestraft 19 Jahre alte Besitzerhans Ernst Wolff aus Gluckau. Nach der Anklage wird Beiden zur Last gelegt, im Jahre 1898 bis zum 12. Dezember zu Gluckau durch mindestens zehn selbständige Handlungen theils einzeln, theils gemeinschaftlich an Dritten, an denen zu Jagen sie nicht berechtigt waren, die Jagd ausgeübt zu haben und zwar stets zur Nachzeit und in einzelnen Fällen auch während der gelegentlichen Schonzeit, indem sie mindestens zehnmal einzeln oder zusammen auf Rehwild auf den Anstand gingen und Städlander im Sommer 1898, Wolff aber im September 1898 eine Rache erlegte. Das erlegte Wild sollen beide er Mutter des Lebteren, der Besitzerwitwe Friederike Wilhelmine Janzen, vermittelet gewesen Wolff geb. Kersner, gebracht und diese das Wildfleisch im Haushalte verwendet haben, weshalb gegen sie Anklage wegen Hahlerie in zwei Fällen erhoben war. Städlander ist in allen Punkten geständig und rühmt sich, gut getroffen zu haben. Da er der einzige Belastungswitze gegen Wolff und dessen Mutter ist und er die Anzeige einer Rache gegen dieselben erstattet haben soll, so legt der Gerichtshof seinen die Frau Wolff und deren Sohn belastenden Aussagen keinen Glauben und da der Angeklagte Wolff nur heiliglich der von ihm erlegten Rache geständig ist, seine Mutter aber jede Schild leugnet, so wurde Wolff wegen Jagdvergehens in nur einem Falle zu 50 Mk. Geldstrafe eventuell zehn Tagen Gefängnis verurtheilt und seine Mutter freigesprochen. Gegen Städlander lautete das Urteil auf ein Jahr Gefängnis, Einziehung des Gewehrs etc.

Aus der Provinz.

- e. Doppot, 11. März. Im Rathause bietten die hiesigen evangelischen Kirchengemeindehörschaften eine Sitzung ab, um über den mit der politischen Gemeinde abzuschließenden Kaufvertrag in Beitreff des „Geberge“ zum Bauplatz für die Kirche zu besprechen. Der vorgelegte Entwurf, nach welchem die Kaufsumme von 10 000 Mk. bei der Auslösung gezahlt werden soll, wurde genehmigt. Bei der darauf folgenden Wahl der Vertreter zur Kreisversammlung wurden die Herren Oberstleutnant v. Dewitz, Rentier Sullen, Kurhausprächer Vielefeldt und Rentier Klingenberg gewählt.

Die hiesige landwirtschaftliche Schule machte gestern unter Führung ihres Directors Hrn. Dr. Funk einen Ausflug nach Gluckau, um dort die hiesigen Gütsbesitzer zu besichtigen. Herr Wolf hat in entgegkommender Weise für die erforderlichen Fuhrwerke von und zum Bahnhofe in Langfuhr georgt.

Herr Sommer-Oliva hat das hiesige Jecche gehörig, am hiesigen Marktplatz gelegene Grundstück für etwa 70 000 Mark käuflich erworben und beabsichtigt, das darin befindliche Restaurationsgeschäft zu erweitern. - Herr Gehrke in der Südstadt hat seine Baulichkeit mit Garten an Hrn. Behrend in Danzig für den Preis von 42 000 Mark verkauft.

Der Dienstwerten, 10. März. Den Stadtverordneten lag in ihrer heutigen Sitzung eine neue Besoldungsordnung für die bei der Stadtgemeinde Marienwerder angestellten Sudalter- und Unterbeamten zur Beschlussfassung vor. Die Verhandlung ließ sich von dem Grundsatz leiten, daß nur bei Genehmigung angemessene Gehaltsstufen sich eine tüchtige Beamtenchaft gewinnen und erhalten läßt und ging in einer Reihe von Stellen über die vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze nicht unerheblich hinaus.

d. Culm, 9. März. Die Reifeprüfung am königl. Gymnasium bestanden von 30 Abiturienten 29. Zwei Egizianer wurden zum mündlichen Examen nicht zugelassen, zwei fielen durch. - Am Realprogymnasium erhielten 4 Secundaner das Zeugnis für den einjährigen Militärdienst.

König, 10. März. Herr Bürgermeister Peditius hat die auf ihn gefallene Wahl zum Bürgermeister unserer Stadt angenommen.

Bermischtes.

Bombay, 10. März. In der vergangenen Woche sind hier 1283 Personen an der Pest gestorben; die Gesamtsterblichkeit belief sich auf 2184 oder 136,36 pro Tausend.

Zuschriften an die Redaction.

Alein Lesezettel, 8. März 1898.

Gelegentlich der Berathung des Etats der Bauverwaltung in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 8. Februar d. J. ist der Marienburger Deichverband wegen seines Verhaltens bei der Vertheilung der Kosten zur Weiterführung der Weichsel-Regulirung sowohl seitens des Wahlkreis-Direktors, Herrn Abgeordneten von Puttkamer-Plauth, als auch von Vertretern der königlichen Staatsregierung kritisiert worden, weshalb ich mich voraussehe, die Lage der Weichselregulirungszone vom Standpunkte des Marienburger Deichverbandes in folgendem darzustellen:

Die in der Ministerial-Inspektion festgestellten Kostenansätze vom 30. September 1893 und 21. Dezember 1894, betreffend die Regulirung des Hod-Wasserprofils der Weichsel von Strom-Kilometer 169 bis 204 (Montauerpitha-Gemüth) schließen mit einer Gesamtkostensumme ab von 8 850 000 Mk.

Ueber die Ausbringung dieses Betrages ist in den von dem königl. Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen geleisteten Verhandlungen vom 23. Oktober und 27. November d. J. von Commissarien der Ministerien der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten und für Land-

wirthschaft etc. mit den beteiligten Deichverbänden und der Provincial-Verwaltung für Westpreußen verhandelt, bei welchen von den Vertretern der kgl. Staatsregierung logisch der Vertheilungsmäthstab zu Grunde gelegt wurde, daß von den veranschlagten Kosten a. der Staat 5 000 000 Mk.
b. der Danziger Deichverband 1 300 000 "
c. der Marienburger Deichverband . . . 1 750 000 "
d. der Elbinger Deichverband 200 000 "
e. der Falkenauer Deichverband 300 000 "
f. die Provinz Westpreußen einen nicht ziffernmäßigen festgesetzten Betrag, dessen Höhe in das Belieben des Provinzialausschusses gestellt wurde, aufzu bringen hätten.

Der in dem Protokoll der Sitzung des Deichamts des Marienburger Deichverbandes vom 19. November 1897 gezeigten Anregung, in eine Erörterung der Frage einzutreten:

ob die von der kgl. Staatsregierung vorgenommene Kostenvertheilung zwischen dem Staat und den Interessenten dem diesen Gruppen aus dem Unternehmen erwachenden Vorteil entspräche?

würde nicht Folge gegeben, es sei mir daher gestattet, vormeg diese Frage hier zu beleuchten.

M

Der Staat erhält von den von ihm bereitgestellten 5 000 000

sofort zurückgestellt:

a. lt. Kostenanschlag IXa für 287 Hect. des Dirichau-Stüblauer Aufendeichs, welche bei der Regulirung eingedeicht und dann veräußert werden 574 000 Mk.

b. lt. Kostenanschlag IXc für 89 Hect. des Barend-Pal-

schauser Aufendeichs wie vor 160 200 "

c. für die Gründflächen der neu regulirten Deiche vom Danziger Deichver-

bande 35 000 "

vom Marienburger Deichver-

bande 30 200 "

also bleiben von der Staatskasse zunächst nur daar zu zahlen 4 200 600

Hierauf sind ferner anzurechnen:

1. lt. Anschlag XIIIa Position 12 für Normalisierung des fiscalischen Forst-

deiches 90 000 Mk.

2. für Verbesserung der Strom-

schiffahrtswerke u. größerer Schuh derselben u. a. m. laut Berechnung des Chess der

Strombaumerwaltung 336 740 "

Für diese verbleibenden 3 773 860

erhält der Staat weitere Deckung in einem neuen Grundbesitz von 1920 Hect. wie nachstehend vertheilt werden wird:

In der Einsangs erwähnten Anschlags-

summe von 8 895 000 Mk. sind die Kosten für

den Erwerb der Aufendeichsländer an beiden Ufern der Weichsel, und zwar

für 2362 Hect. mit 2 945 000

ausgeworfen.

Davon kosten die zu veräußernden 376 Hect. und die Deich-

flächen der

Deichverbände 66 442 Hect. als Erwerbs-

preis 574 945

bleibt Aufwand für 1920 Hect. 2 370 055

Für Culturarbeiten an den abgegrabenen

Flächen, bestehend in 8 Samen, Verstlanen,

Entwässerung etc. dieses Neuerwerbs, sowie

jetzigen fiscalischen Aufendeichs von 187 Hect.

sind in den Anschlägen eingestellt 1 079 335

Es kosten sonach dem Staat 2 107 Hect. 3 449 390

Auf der Grundlage des vom Herrn Finanzminister in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 1. März d. J. als jüttend anerkannter Wirtschafts-

ertrages von 3,4 Proc. würde sich hieraus für den Staat eine Einnahme pro Hectar und Jahr von 55,5 Mk. ergeben; - an den Aufendeichen des Nehrungsdurchstichs, bei welchem die Verhältnisse gleichartig liegen, erzielte der Staat aber bisher rund 58 Mk. pro Hectar, - die Auswendungen für Grund-

erwerb zur Weichselregulirung sind sonach keine Ver-

wendung von Staatsmitteln für Interessenten-

zwecke, sondern eine nützbringende Kapitals-

anlage, wenn erwägt wird, daß der Staat zur Be-

schaffung dieses Kapitals 3 Proc. Schuldenverreibungen

begiebt und aus den Flächen 3,4 Proc. Gewinn erzielt.

Die aus der Differenz zwischen 3 773 860 Mk.

und den Flächenkosten von 3 449 390

restlichen 324 470 Mk.

werden sich voraussichtlich bei der Ausführung der

Regulirungskostenansätze begleichen lassen, da in den-

selben für die Erdbewegung zum Ausbau der Deiche

als Einheitspreis 1 Mk. pro Cubikm. eingestellt ist,

während seitens der Deichverbände nachgewiesen ist,

daß im Durchschnitt hierfür nur 72 Pf. pro Cubikm. aufzumenden wären, wobei rund 400 000 Mk. erziert

würden.

Bemerken will ich noch, daß außer den vorstehend

angelegten Zahlen in den Anschlägen die Kosten für

Befolzung der Staatsbeamten zur Leitung und Beauf-

sichtigung der Regulirungsarbeiten mit ihren Dienst-

aufwands, Reise- und den sonstigen persönlichen und

fachlichen Nebenkosten der Bauausführung in Höhe

von 293 000 Mk. enthalten sind, welche hiernach aus

aus dem Beitrage der Deichverbände gedeckt werden.

Im Sinne einer ausreichenden Gerechtigkeit würde

es sonach liegen, wenn von der Ausfallsumme von

um mindesten

a. die veranschlagten Einnahmen mit 799 400 Mk.

b. die sich im Land-

besitz rentierenden Aufwendungen mit 3 449 390 Mk.

in Abrechnung gebracht würden, so

dab nur 4 646 210 Mk.

als reine Baukosten zur Vertheilung zwischen dem

Staat und den Interessentengruppen gelangen würden.

Wenn nun diejenigen urkundlichen Erteile ih. als in Baar-

erstattungen und Bauersparnissen, theils in einem

großen ertragfähigen Grundstück sitzen, so ist die

Stellung des Marienburger Deichverbandes in der

Weichselregulirungs-Sache eine viel ungünstigere, denn

in dem Gutachten der königlichen Akademie des Bau-

wesens vom 14. Juni 1897 heißt es wörtlich:

„Satz 6: Ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit

der weiteren Regulirung des Hochwasserprofils der

Weichsel - eventuell unter gleichzeitiger Anlegung

des Eiswehrs - eine planmäßige Regulirung

des Hochwasserprofils der Rogat entbehrlich werden

wird?“

Nachdem sich die Akademie gegen die Anlegung des

Eiswehrs ausgesprochen, hat sie sich mit der Frage 6

ohne den darin enthaltenen Eventualfall zu beschäftigen.

Unter Bezugnahme auf ihr älteres Gutachten vom

</div